



**German Institute of Development and
Sustainability (IDOS) -
Deutsches Institut für Entwicklung und Nachhaltigkeit
gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Bonn**

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023
und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023

Elektronische Kopie des original gezeichneten Berichts
(Leerseiten ergeben sich aus doppelseitigem Druck)

INHALTSVERZEICHNIS

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

ANLAGENVERZEICHNIS

1. Bilanz zum 31. Dezember 2023
2. Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2023
3. Anhang für das Geschäftsjahr 2023
4. Lagebericht 2023

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften
vom 1. Januar 2017

Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen in Höhe von + / - einer Einheit (TEUR, EUR, % usw.) auftreten. Ausschließlich zum Zweck der besseren Lesbarkeit wird bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern das generische Maskulinum verwendet. Die gewählte Schreibweise bezieht sich jedoch immer zugleich auf weibliche, männliche und diverse Personen.

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die German Institute of Development and Sustainability (IDOS) - Deutsches Institut für Entwicklung und Nachhaltigkeit gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Bonn:

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der German Institute of Development and Sustainability (IDOS) - Deutsches Institut für Entwicklung und Nachhaltigkeit gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Bonn, - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der German Institute of Development and Sustainability (IDOS) - Deutsches Institut für Entwicklung und Nachhaltigkeit gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Gesellschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Kuratoriums für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmensaktivität zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmensaktivität, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmensaktivität zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Das Kuratorium ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsysten und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben;
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben;
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann;

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt;
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft;
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsysteem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Koblenz, 11. April 2024



WIKOM AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft


Dr. Breitenbach
Wirtschaftsprüfer


Dreßler
Wirtschaftsprüfer

ANLAGEN

Bilanz zum 31. Dezember 2023

Aktivseite

	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	31.12.2022
				EUR
A. Anlagevermögen				
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>				
1. Entgeltlich erworbene Software	85.529,50			135.601,50
2. Geleistete Anzahlungen	0,00			36.791,00
	<u>85.529,50</u>	85.529,50		<u>172.392,50</u>
II. <u>Sachanlagen</u>				
Betriebs- und Geschäftsausstattung		773.410,97		695.558,97
III. <u>Finanzanlagen</u>				
1. Wertpapiere des Anlagevermögens	25.714,80			25.664,97
2. Sonstige Ausleihungen	<u>318.886,56</u>	344.601,36		346.965,00
	<u>344.601,36</u>	<u>344.601,36</u>		<u>372.629,97</u>
<u>Summe Anlagevermögen</u>		<u>1.203.541,83</u>	1.203.541,83	<u>1.240.581,44</u>
B. Umlaufvermögen				
I. <u>Vorräte</u>				
1. In Arbeit befindliche Drittmittelobjekte	2.743.731,36			2.581.726,97
2. Erhaltene Anzahlungen für laufende Drittmittelprojekte	<u>-2.721.069,30</u>			<u>-2.574.936,21</u>
	<u>22.662,06</u>	22.662,06		<u>6.790,76</u>
II. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>				
1. Forderungen gegen Gesellschafter	630.917,04			465.765,76
2. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>99.987,83</u>			<u>221.641,80</u>
	<u>730.904,87</u>	730.904,87		<u>687.407,56</u>
III. <u>Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten</u>		<u>1.408.219,32</u>		<u>1.537.646,77</u>
<u>Summe Umlaufvermögen</u>		<u>2.161.786,25</u>	2.161.786,25	<u>2.231.845,09</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten			368.280,03	394.121,94
			<u>3.733.608,11</u>	<u>3.866.548,47</u>

			Passivseite
			31.12.2022
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
A. <u>Eigenkapital</u> <u>Gezeichnetes Kapital</u>		25.564,59	25.564,59
B. <u>Sonderposten aus Investitionszuschüssen zum Anlagevermögen</u>			
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	85.529,50		172.392,50
2. Sachanlagen	773.410,97		695.558,97
3. Finanzanlagen	318.886,56		346.965,00
	<u>1.177.827,03</u>	1.177.827,03	<u>1.214.916,47</u>
C. <u>Rückstellungen</u> Sonstige Rückstellungen		941.829,00	851.922,00
D. <u>Verbindlichkeiten</u>			
1. Erhaltene Anzahlungen auf laufende Drittmittelprojekte	764.472,20		727.267,91
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	143.879,58		131.284,41
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	485.594,93		745.543,23
4. Sonstige Verbindlichkeiten	194.440,78		170.049,86
- davon aus Steuern: EUR 55.363,87 (Vorjahr: EUR 50.421,01)			
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 1.799,38 (Vorjahr: EUR 0,00)			
<u>Summe Verbindlichkeiten</u>	<u>1.588.387,49</u>	1.588.387,49	<u>1.774.145,41</u>
		3.733.608,11	3.866.548,47

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2023

	<u>2023</u> <u>EUR</u>	<u>2022</u> <u>EUR</u>
1. Erträge aus Zuschüssen im Rahmen der institutionellen Förderung durch Bund und Land Nordrhein-Westfalen	8.493.929,04	7.675.712,86
2. Erträge aus dem Projektgeschäft	10.710.655,05	9.939.888,45
3. Erhöhung (+) / Verminderung (-) des Bestandes an in Arbeit befindlichen Drittmittelprojekten	+145.514,39	+632.007,57
4. Sonstige betriebliche Erträge - davon Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Zuschüsse zum Anlagevermögen: EUR 403.481,85 (Vorjahr: EUR 353.247,64)	409.664,64	356.501,43
5. Personalaufwand a) Löhne und Gehälter b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung - davon für Altersversorgung: EUR 516.934,46 (Vorjahr: EUR 467.103,25)	10.427.524,16 <u>2.442.402,97</u>	9.770.652,55 12.869.927,13 2.293.961,73
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	281.411,41	280.490,48
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen - davon Zuführung zum Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen: EUR 366.392,41 (Vorjahr: EUR 421.297,28)	6.608.474,41 <u>49,83</u>	6.259.056,16 50,61
8. Erträge aus anderen Wertpapieren	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>
9. Ergebnis nach Steuern / Jahresergebnis	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

Anhang für das
Geschäftsjahr 2023

A. Allgemeine Erläuterungen

- (1) Die German Institute of Development and Sustainability (IDOS) - Deutsches Institut für Entwicklung und Nachhaltigkeit gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung, bis 9.6.2022: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung hat ihren Sitz in Bonn und ist im Handelsregister des Amtsgerichts Bonn (HRB 8741) eingetragen. Sie ist eine kleine Kapitalgesellschaft im Sinne der Größenkriterien des § 267 Abs. 1 HGB. Gemäß § 18 des Gesellschaftsvertrages wendet es jedoch für Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts die nach dem HGB für große Kapitalgesellschaften geltenden Regelungen an.

Die Gesellschaft wird überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert und bestreitet ihre Ausgaben im Rahmen eines jährlich durch einen Wirtschaftsplan festgelegten Budgets sowie aus Projektbudgets. Die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft wird im Wesentlichen von der Zuschuss- und Projektfinanzierung bestimmt. Die Gesellschaft nimmt auf der Grundlage unabhängiger wissenschaftlicher Forschung Beratungs- und Ausbildungsaufgaben wahr.

Die Gliederung von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach §§ 266 und 275 Abs. 2 HGB. Aufgrund der Besonderheiten der Kapitalgesellschaft wurde zur Aufstellung eines klaren und übersichtlichen Jahresabschlusses die Bezeichnung der Posten angepasst.

Das Institut macht im Jahresabschluss 2023, wie bereits im Vorjahr, vom Ausweiswahlrecht des § 268 Abs. 5 Satz 2 HGB in der Form Gebrauch, dass erhaltene Anzahlungen auf in Arbeit befindliche Drittmittelprojekte und entsprechend geleistete Anzahlungen von den Vorräten offen abgesetzt werden.

B. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und Erläuterungen zur Bilanz

- (2) Anlagevermögen

Die Bewertung der immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungskosten. Die planmäßigen Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen richten sich nach kaufmännisch anerkannten linearen Sätzen unter Berücksichtigung betriebsüblicher Nutzungsdauern.

Zum 31. Dezember 2023 werden die Bücher der wissenschaftlichen Bibliothek, wie bereits im Vorjahr, mit einem Festwert (50 T€) bewertet.

Die Entwicklung des Anlagevermögens (Ist: 1.204 T€) ergibt sich aus dem Anlagespiegel. Die Zugänge des Berichtsjahres (366 T€) beziehen sich, soweit sie Sachanlagen und Immaterielle Vermögensgegenstände betreffen (309 T€), im Wesentlichen auf die Bereiche Informations- und Kommunikationstechnik, EDV-Software sowie Büromöbelausstattung. Die Zugänge bei den Finanzanlagen (57 T€) betreffen Ausbildungsteilnehmern gewährte unverzinsliche Darlehen.

Die Wertpapiere des Anlagevermögens werden mit den Anschaffungskosten angesetzt.

Die sonstigen Ausleihungen (319 T€), die zum Nennwert angesetzt werden, umfassen Stipendien an Ausbildungsteilnehmer in Form unverzinslicher Darlehen. Auf eine Abzinsung wurde aus Wesentlichkeitsgründen verzichtet.

(3) In Arbeit befindliche Drittmittelprojekte

Die in Arbeit befindlichen Drittmittelprojekte wurden mit den bis zum Bilanzstichtag angefallenen anteiligen Herstellungskosten bewertet. Die geleisteten Anzahlungen an Forschungspartner für noch zu erbringende Leistungen werden mit dem Nennwert angesetzt. Die direkt zurechenbaren erhaltenen Anzahlungen werden, entsprechend § 268 Abs. 5 Satz 2 HGB, offen von den Vorräten abgerechnet.

(4) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Sämtliche Forderungen werden zum Nennwert bewertet. Wertberichtigungen waren nicht erforderlich.

Die aktivierten Ausgleichsansprüche gegen die Gesellschafter (625 T€) dienen der Abdeckung von durch Rückstellungen erfassten Aufwendungen, die erst bei Inanspruchnahme in Folgejahren mit Zuschüssen im Rahmen der institutionellen Förderung verrechnet werden. Darüber hinaus betreffen die Ausgleichsansprüche zu gewährende institutionelle und projektbezogene Mittel zum Ausgleich von Verbindlichkeiten, die in 2023 kosten-, aber erst in 2024 ausgabewirksam werden. 47,2 T€ der Forderungen (Vorjahr 45,8 T€) haben eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

Bei den sonstigen Vermögensgegenständen handelt es sich um Forderungen. Sie betreffen im Wesentlichen Vorschüsse und Erstattungsbeträge im Rahmen des laufenden Geschäftsbetriebs.

(5) Rechnungsabgrenzungsposten

Es handelt sich um in 2023 getätigte Ausgaben in Höhe von 368 T€, die Aufwand im Geschäftsjahr 2024 darstellen.

(6) Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital in Höhe von 50 TDM bzw. 26 T€ ist voll eingezahlt und zum Nennbetrag angesetzt.

(7) Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen in Höhe von 1.178 T€ ist im Hinblick auf die Finanzierung der immateriellen Vermögensgegenstände (86 T€), der Sachanlagen (773 T€) und der Ausleihungen aus Zuschüssen (319 T€) gebildet. Die Höhe entspricht dem Wert der betreffenden Aktiva. Die Auflösung erfolgt in Höhe der Abschreibungen (281 T€) bzw. Tilgungen (85 T€).

(8) Rückstellungen

Die Rückstellungen wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages gebildet.

Die sonstigen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen personelle Verpflichtungen und Mieterneuerungsverpflichtungen.

Die in Vorjahren nach § 249 Abs. 1 Satz 3, Abs. 2 HGB a.F. gebildete Rückstellung aus Mieterneuerungsverpflichtungen wurde entsprechend dem Wahlrecht nach Artikel 67 Abs. 3 Satz 2 EGHGB beibehalten.

Rechtsgrundlage für die Rückstellungen der Jubiläumsverpflichtungen ist der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst in der ab 1. Januar 2009 aktuell gültigen Fassung. Die Bewertung der Rückstellung erfolgte nach der Projected-Unit-Credit-Methode (PUC-Methode). Dabei wurde der von Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) festgelegte Rechnungszins zum 31. Dezember 2023 mit 1,74 % angesetzt. Der Gehaltstrend wurde mit 1,5 % berücksichtigt. Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden die „Richttafeln 2018 G“ von Klaus Heubeck verwendet.

(9) Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten (1.588 T€) sind zum Rückzahlungsbetrag angesetzt und haben wie im Vorjahr Restlaufzeiten bis zu einem Jahr.

Die Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern betreffen v.a. die zurückzuzahlende unverbrauchte institutionelle Zuwendung (285 T€) sowie Restmittel der Projektförderung (201 T€).

Die Sonstigen Verbindlichkeiten enthalten Verbindlichkeiten aus Steuern in Höhe von 55,4 T€ (im Vorjahr: 50,4 T€) und im Rahmen der sozialen Sicherheit 1,8 T€ (Vorjahr: 0,00 €).

Besicherungen von Verbindlichkeiten bestehen nicht.

Fremdwährungspositionen werden mit zeitnahen Kursen in EURO umgerechnet.

C. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(10) Erträge aus Zuschüssen im Rahmen der institutionellen Förderung durch Bund und Land Nordrhein-Westfalen

Die Erträge aus Zuschüssen im Rahmen der institutionellen Förderung in Höhe von 8.494 T€ (einschließlich der Ausgaben für Anlagenzugänge) betreffen Zuwendungen des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen zur Deckung der Ausgaben des Geschäftsjahres.

(11) Erträge aus Projektgeschäft

Die Erträge aus Projekten betreffen Erträge aus Gesellschafter- (9.712 T€) und Drittmittelprojekten (999 T€).

(12) Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge entfallen im Wesentlichen auf Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Finanzanlagen (85 T€) und Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Zuschüsse zu Immateriellen Vermögensgegenständen und Sachanlagen (318 T€). Übrige sonstige betriebliche Erträge beliefen sich auf 6 T€.

(13) Personalaufwand

Der Personalaufwand (12.870 T€) entfällt auf durchschnittlich 167 (Vorjahr 164,5) im Geschäftsjahr 2023 beschäftigte Personen (ohne Aushilfen und ohne Auszubildende nach dem Berufsbildungsgesetz), davon 106 (Vorjahr 109,5) Wissenschaftler*innen, 23,5 Kräfte Wissenschaftsmanagement (incl. Kommunikation) (Vorjahr: 20) sowie 37,5 Verwaltungsmitarbeiter*innen (Vorjahr: 35) in den Serviceeinrichtungen des Instituts. Die bisherige Unterscheidung Wissenschaft / Serviceeinrichtungen wurde mit dem Berichtsjahr 2023 in Wissenschaft / Wissenschaftsmanagement / Serviceeinrichtungen differenziert.

(14) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen

Die für das Berichtsjahr verrechneten Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen (281 T€) wurden durch die entsprechende Auflösung des Sonderpostens für Zuschüsse zum Anlagevermögen ausgeglichen.

(15) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen Verwaltungsaufwendungen (4.854 T€) und die Aufwendungen des Betriebes (1.388 T€) sowie Zuführungen zum Sonderposten (366 T€).

D. Sonstige Angaben

(16) Geschäftsleitung

Alleinige Geschäftsführerin der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2023 war:

Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge, Direktorin

Die Bezüge der Geschäftsführerin betrugen 159 T€ (incl. 26 T€ Versorgungszuschlag). Es handelt sich ausschließlich um feste Bezüge.

(17) Kuratorium

Die Mitglieder des Kuratoriums waren im Geschäftsjahr 2023:

Jochen Flasbarth, Vorsitzender (seit 9. März 2022)

Staatssekretär, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Berlin

Gonca Türkeli-Dehnert, stellv. Vorsitzende (seit 30.06.2022)

Staatssekretärin, Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Helga Barth (bis 22.11.2023)

Beauftragte für Menschenrechte, internationale Entwicklung und Soziales, Auswärtiges Amt, Berlin

Alexander Baum

Ehemaliger Berater beim stv. Generalsekretär des Europäischen Auswärtigen Amtes in Brüssel

Andreas Botsch

Abteilungsleiter für internationale und europäische Gewerkschaftspolitik
Deutscher Gewerkschaftsbund, Bundesvorstand

Prof. Dr. Claudia Derichs

Professorin für Transregionale Südostasienstudien, Humboldt-Universität zu Berlin

Anka Feldhusen (seit 22.11.2023)

Beauftragte des Auswärtigen Amts für Krisenprävention Stabilisierung

Prof. Dr. Ulrike Grote

Geschäftsführende Leitung, Institut für Umweltökonomik und Welthandel,
Leibniz Universität Hannover

Joachim Heidebrecht

Direktor Abteilung "Entwicklung, Governance und Frieden",
KfW-Entwicklungsbank, Frankfurt am Main

Prof. Dr. Michael Hoch

Rektor der Universität Bonn

Prof. Dr. Michael Hüther

Direktor und Mitglied des Präsidiums, Institut der deutschen Wirtschaft (IW Köln), Köln

Prof. Dr. Conrad Schetter

Wissenschaftlicher Direktor, Bonn International Center for Conflict Studies (BICC)

Dr. Claudia Schmücker

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin

Brigitte Schwadorf-Ruckdeschel

Leiterin Referat VDI — Entwicklungspolitik, Vereinte Nationen, UNCTAD
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (seit 09. März 2022)

Dr. Elke Siehl

Leitung der Stabsstelle Unternehmensentwicklung, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, Eschborn

Ludger Siemes

Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Die Mitglieder des Kuratoriums sind ehrenamtlich tätig und erhalten lediglich einen Aufwandsersatz.

(18) Internationaler Wissenschaftlicher Beirat

Die in 2023 berufenen Mitglieder des Beirats sind:

Prof. Dr. Felix Asante, Pro-Vice-Chancellor for Research, Innovation & Development, University of Ghana (Vorsitzender)

Prof. Dr. Anke Hoeffler, Professor of Development Research, Department of Politics and Public Administration, University of Konstanz (Vorsitzende)

Dr. Fatima Denton, Director, UNU-INRA (Institute for Natural Resources in Africa), Accra, Ghana

Prof. Dr. Kelvin E.Y.Low, Department of Sociology and Anthropology, National University of Singapore

Prof. Dr. Eddie Allison, Fisheries Science, Executive Director, Science and Research, WorldFish, Malaysia

Prof. Dr. Archna Negi, Political Science and International Law, Jawaharlal Nehru University, India

Prof. Dr. Melissa Leach, Director of the Institute of Development Studies (IDS), UK

Prof. Dr. Kunal Sen, United Nations University-World Institute for Development Economics Research (UNU-WIDER), Finland

Dr. Kathleen Jennings, Department of Sociology and Political Science at the Norwegian University of Science and Technology (NTNU) Trondheim, Norway

Dr. Andrea Ordóñez, Governance and Public Policy Analysis, Director of Southern Voice, Peru

Dr. André de Mello e Souza, Instituto de Pesquisa Econômica Aplicada, Brazil (IPEA)

Die Mitglieder des Internationalen Wissenschaftlichen Beirats sind gemäß Geschäftsordnung ehrenamtlich tätig und erhalten lediglich Reisekostenerstattungen.

(19) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zum 31. Dezember 2023 bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Mietverträgen von jährlich 1.843 T€ (Laufzeit bis März 2029 und November 2030), aus Leasingverträgen rd. 11 T€ (Laufzeit bis September 2028) sowie aus dem Bestellobligo in Höhe von 556 T€.

Für eine ehemalige Mitarbeiterin der Bundestagsverwaltung besteht über die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) eine Pensionsverpflichtung, für deren Finanzierung Umlagen erhoben werden, die das Institut gegenüber dem Bund während der aktiven Beschäftigung übernommen hat. Da es sich insoweit um eine mittelbare Pensionsverpflichtung handelt, wurde wie in den Vorjahren in Ausübung des bestehenden handelsrechtlichen Passivierungswahlrechts auf die Rückstellungsbildung für eine mögliche Unterdeckung aus der zugesagten Zusatzversorgung verzichtet.

(20) Haftungsverhältnisse

Haftungsverhältnisse im Sinne von § 251 HGB bestehen nicht.

(21) Gesamthonorar des Abschlussprüfers

Das für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar des Abschlussprüfers beträgt rd. 28 T€ und betrifft ausschließlich Abschlussprüfungsleistungen.

(22) Entsprechenserklärung nach dem Public Corporate Governance Kodex des Bundes (PCGK)

Die nach den Vorschriften des Public Corporate Governance Kodex des Bundes vorgeschriebene Entsprechenserklärung wurde durch Geschäftsführung und Kuratorium abgegeben und der allgemeinen Öffentlichkeit auf der Internet-Homepage der Gesellschaft (www.idos-research.de) als Teil des Corporate Governance Berichts dauerhaft zugänglich gemacht.

(23) Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Geschäftsjahres, über die zu berichten wäre, sind nicht zu verzeichnen.

Bonn, den 11. April 2024

German Institute of Development and Sustainability (IDOS) gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Die Geschäftsführung


Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge
Direktorin

German Institute of Development and Sustainability (IDOS) -
Deutsches Institut für Entwicklung und Nachhaltigkeit gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Anlagenachweis zum 31. Dezember 2023

	Anschaffungs- und Herstellungskosten						Abschreibungen				Buchrestwerte		Kennzahlen	
	Anfangsstand 01.01.2023 EUR	Zugang EUR	Abgang EUR	Umbuchung EUR	Endstand 31.12.2023 EUR	Anfangsstand 01.01.2023 EUR	Abschreibungen im Geschäftsjahr EUR	Angesammelte Abschreibungen auf die in Spalte 4 ausgewiesenen Abgänge (-) EUR	Endstand 31.12.2023 EUR	am Ende des Geschäfts- jahres EUR	am Ende des vorange- gangenen Geschäfts- jahres EUR	Durchschnitt- licher Ab- schreibungs- satz v. H.	Durch- schnittlicher Restbuch- wert v. H.	
	1 2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände														
1. Entgeltlich erworbene Software	604.285,57	26.718,42	0,00	0,00	631.003,99	468.684,07	76.790,42	0,00	545.474,49	85.529,50	135.601,50	12,17	0,00	
2. Geleistete Anzahlungen	36.791,00	0,00	36.791,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	36.791,00	0,00	0,00	
Summe I. Immaterielle Vermögensgegenstände	641.076,57	26.718,42	36.791,00	0,00	631.003,99	468.684,07	76.790,42	0,00	545.474,49	85.529,50	172.392,50	12,17	18,25	
II. Sachanlagen														
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung														
a) Büroeinrichtungen	2.920.661,41	267.443,92	13.178,06	0,00	3.174.927,27	2.275.125,44	189.594,92	13.177,06	2.451.543,30	723.383,97	645.535,97	5,97	0,00	
b) Kraftfahrzeuge	34.575,79	0,00	0,00	0,00	34.575,79	34.572,79	0,00	0,00	34.572,79	3,00	3,00	0,00	0,01	
c) Wissenschaftliche Bibliothek	50.000,00	0,00	0,00	0,00	50.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	50.000,00	50.000,00	0,00	100,00	
d) Geringwertige Vermögensgegenstände	131.172,92	15.030,07	0,00	0,00	146.202,99	131.152,92	15.026,07	0,00	146.178,99	24,00	20,00			
Summe II. Sachanlagen	3.136.410,12	282.473,99	13.178,06	0,00	3.405.706,05	2.440.851,15	204.620,99	13.177,06	2.632.295,08	773.410,97	695.558,97	6,01	22,71	
Summe I. und II.	3.777.486,69	309.192,41	49.969,06	0,00	4.036.710,04	2.909.535,22	281.411,41	13.177,06	3.177.769,57	858.940,47	867.951,47	6,97	6,97	
III. Finanzanlagen														
1. Wertpapiere des Anlagevermögens	25.664,97	49,83	0,00	0,00	25.714,80	0,00	0,00	0,00	0,00	25.714,80	25.664,97	0,00	100,00	
2. Sonstige Ausleihungen	346.965,00	57.200,00	85.278,44	0,00	318.886,56	0,00	0,00	0,00	0,00	318.886,56	346.965,00	0,00	100,00	
Summe III. Finanzanlagen	372.629,97	57.249,83	85.278,44	0,00	344.601,36	0,00	0,00	0,00	0,00	344.601,36	372.629,97	0,00	100,00	
Summe Gesamt	4.150.116,66	366.442,24	135.247,50	0,00	4.381.311,40	2.909.535,22	281.411,41	13.177,06	3.177.769,57	1.203.541,83	1.240.581,44	6,42	27,47	

Anlage zum Anhang

Lagebericht 2023

A. Darstellung der Geschäftstätigkeit

Die German Institute of Development and Sustainability (IDOS) gGmbH zählt weltweit zu den führenden Forschungsinstituten und Think-Tanks zu Fragen globaler nachhaltiger Entwicklung. IDOS baut Brücken zwischen Theorie und Praxis und arbeitet in leistungsstarken Forschungsnetzwerken mit Institutionen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft in allen Weltregionen. 1964 als Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE) gegründet, trägt das Institut seit 2022 den Namen German Institute of Development and Sustainability (IDOS) - Deutsches Institut für Entwicklung und Nachhaltigkeit gGmbH. Es betreibt unabhängige, anwendungsorientierte und auf Exzellenz ausgerichtete Forschung und wissenschaftlich-basierte Politikberatung zur Gestaltung nachhaltiger Zukünfte.

Die Forschung am IDOS ist in vier Programmen und drei Querschnittsvorhaben organisiert. Damit trägt IDOS dazu bei, Antworten auf globale Zukunftsfragen zu finden: von der nachhaltigen Umgestaltung von Wirtschafts- und Sozialsystemen, internationaler Klima-, Biodiversitäts-, Wasser- und Meeresgovernance über multi-, tri-, bilaterale und transnationale Kooperationsformate und Institutionenlandschaften, den Schutz und die Förderung von Demokratie, Frieden und gesellschaftlichem Zusammenhalt bis zur Rolle von Wissenschaft und transregionalen Wissenskooperationen für globales Gemeinwohl.

IDOS berät wissenschaftlich fundiert und politisch unabhängig. Die Beratung richtet sich an öffentliche Institutionen und Nichtregierungsorganisationen auf deutscher, europäischer und internationaler Ebene. Länderübergreifend, transdisziplinär und in Netzwerken bündelt IDOS weltweite Diskurse auf dem Gebiet der internationalen Politik und Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung, entwirft politikrelevante Konzepte und schafft gemeinsames Wissen zur Bearbeitung global relevanter Herausforderungen.

Im Rahmen eines semi-strukturierten Promotionsprogramms fördert IDOS den wissenschaftlichen Nachwuchs. Als außeruniversitäre Einrichtung kooperiert IDOS mit unterschiedlichen Hochschulen im In- und Ausland. Das Institut bildet darüber hinaus Führungskräfte für die internationale Zusammenarbeit aus. Das neunmonatige Postgraduierten-Programm am IDOS qualifiziert Hochschulabsolvent*innen für anspruchsvolle Aufgaben in der Entwicklungspolitik und dem Sektor der internationalen Zusammenarbeit. Das Managing Global Governance Programm bietet eine innovative Plattform für Qualifizierung, Wissenskooperation und Politikdialog von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren aus Schwellenländern und Europa. Das Vorhaben „Shaping Futures – Africa-European Network on Development and Sustainability“ (zuvor: BMZ African-German Leadership Academy) wendet sich als innovatives Fortbildungs- und Dialogprogramm an Nachwuchsführungskräfte aus afrikanischen Partnernländern.

Gesellschafter der German Institute of Development and Sustainability (IDOS) gGmbH sind die Bundesrepublik Deutschland und das Land Nordrhein-Westfalen mit einer institutionellen Anteilsfinanzierung in Form von Zuwendungen (75% Bund, 25% Land). Das Institut kann über die laufenden Zuwendungen der Gesellschafter hinaus zusätzliche finanzielle Zuwendungen für Projekte von diesen oder von dritter Seite annehmen, um weitere Maßnahmen durchzuführen, die den im Gesellschaftsvertrag festgelegten Zwecken des Instituts dienen. IDOS ist Mitglied der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft und wird von Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge geleitet.

Aufgrund der Finanzierung des IDOS durch öffentliche Zuwendungen werden Art und Umfang der Geschäftstätigkeit durch Beschluss der Gesellschafter und nach Zustimmung der jeweiligen Parlamente im Vorfeld des Berichtsjahres festgelegt. Marktmechanismen wie Wettbewerb, Konjunktur und Preisentwicklung haben keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit, da die Gesellschaft aufgrund ihres Geschäftszweckes nur sehr begrenzt dem Marktgeschehen ausgesetzt ist. Mittelbar wirkt sich jedoch die gesamtwirtschaftliche und politische Entwicklung über deren Einflüsse auf die Haushaltswirtschaft der Gesellschafter (und damit die Höhe der bereitgestellten Zuwendungen) auf den Umfang der Geschäftstätigkeit aus. Eine Orientierung ist hierbei die mittelfristige Finanzplanung des Bundes, die auf fünf Jahre ausgerichtet ist und verlässliche Aussagen im Hinblick auf den politischen Willen und damit auf die wirtschaftliche Entwicklung des IDOS zulässt. Der Mitgesellschafter Land Nordrhein-Westfalen ist zu 25 Prozent beteiligt und trägt die Planungen des Bundes mit.

Besonders erfreulich startet das IDOS in das Haushaltsjahr 2024. Vor genau 60 Jahren wurde das damalige Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) gegründet. In 2024 werden mehrere Veranstaltungen anlässlich der 60 Jahre IDOS durchgeführt, mit dem Ziel, die unterschiedlichen Partnernetzwerke des Institutes im politischen Raum und innerhalb der internationalen Wissenschaft anzusprechen. Wir bedanken uns recht herzlich bei unseren Gesellschaftern für die stets sehr gute Zusammenarbeit.

B. Darstellung der Geschäftstätigkeit im Geschäftsjahr 2023

Die Gesellschaft wird zum einem durch institutionelle Zuwendungen des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen finanziert. Dazu hat sie im abgelaufenen Geschäftsjahr von den beiden Gesellschaftern Nettozuwendungen im Rahmen der institutionellen Förderung in Höhe von T€ 8.360,0 (Vorjahr T€ 7.763,0) beansprucht.

Die daneben von BMZ, BMBF und BMU erhaltenen Projektmittel betrugen insgesamt T€ 9.711,5 (Vorjahr T€ 9.215,7). Über diese Mittel hinaus hat das IDOS Erträge aus Beratungs- und Ausbildungsleistungen sowie Drittmittelforschung in Höhe von T€ 999,2 (Vorjahr T€ 724,1) erzielt.

Der Bestand an in Arbeit befindlichen Drittmittelprojekten hat sich um T€ 145,5 auf T€ 2.393,0 (Vorjahr T€ 2.247,5) erhöht.

Aufgrund der gestiegenen institutionellen Zuwendungen als auch dem gestiegenen Projektgeschäft konnte die Gesellschaft ihre Forschungs- und Beratungstätigkeit im Vergleich zu den Vorjahren weiter ausbauen.

Die Aus- und Fortbildungstätigkeit des IDOS umfasst die drei Ausbildungsformate Postgraduiertenprogramm (PGK), Managing Global Governance Academy (MGG) und die BMZ African-German Leadership Academy (ab 2024 Shaping Futures).

Ins Geschäftsjahr 2023 fielen die Schlussausbildung des 58. Ausbildungsgangs des PGK und die ersten Studienmonate des im September 2023 begonnenen 59. Ausbildungsgangs. Die Teilnehmenden des 58. Ausbildungsganges schlossen im Mai 2023 ihre Forschungsprojekte ab und verfassten anschließend ihre Abschlussberichte. Im 59. Ausbildungsgang nehmen mit 13 Teilnehmenden, von denen aktuell 12 im Kurs verblieben sind, deutlich weniger Personen das Angebot einer Postgraduiertenausbildung wahr. Die Ursachen sind, wie eine intensive Analyse zeigt, vielfältig. Ein wesentlicher Punkt ist die unzureichend finanzielle Unterstützung für die Teilnehmenden. Im Jahr 2020 ist eine Darlehsrichtlinie inkl. Zuschussmöglichkeit in Anlehnung an das BAföG in Kraft getreten, viele der Teilnehmenden sind aber nicht darlehberechtigt. Dies führt dazu, dass das IDOS mit Blick auf ähnliche Programme, in denen z.B. Stipendien angeboten werden, nicht konkurrenzfähig ist.

Das IDOS steht im engen Austausch mit seinen Gesellschaftern und erarbeitet eine Reformstrategie, um den PGK als Teil der Ausbildungsangebote des IDOS wieder attraktiv und zukunftsfähig zu machen.

Wie bereits in 2022 ist auch das Geschäftsjahr 2023 von einer hohen Fluktuation im Personalbereich geprägt, der sowohl das wissenschaftliche (einige hochrangige Stellen konnten erst sehr spät nachbesetzt werden) als auch die Servicebereiche betrifft. Die Gründe für den Wechsel vom IDOS zu anderen Organisationen oder auch der Wunsch nach Beendigung der Tätigkeit generell sind vielfältig. Neben dem gerade, aber nicht ausschließlich im wissenschaftlichen Bereich ausgeprägten Wunsch nach neuen Herausforderungen und thematischen Veränderungen, sind die Bürokratisierung des wissenschaftlichen Arbeitens als auch gerade im Verwaltungsbereich die Überlast an Arbeit wesentliche Faktoren. Neuausschreibungen im wissenschaftlichen Bereich führten bisher in vielen Fällen weiterhin zum gewünschten Erfolg, aber im administrativen Bereich spürt das IDOS immer stärker fehlendes Interesse an einer Beschäftigung im öffentlichen Sektor, besonders bei Stellen, die unter der EG 10 eingruppiert sind. Das Fehlen einschlägiger Verwaltungsfachkenntnisse der Bewerber*innen kommt noch erschwerend hinzu.

Im Mai 2023 musste ein institutioneller Umwidmungsantrag gestellt werden. Die Klimaanlage im Serverraum war ausgerechnet mit Einsetzen der hohen Temperaturen irreparabel ausgefallen und musste durch eine neue ersetzt werden, um einen Ausfall der Server durch Überhitzung abzuwenden. Die Zustimmung der beiden Gesellschafter wurde, da Gefahr in Verzug war, durch das IDOS kurzfristig per Mail eingeholt, die hierfür erforderliche Umwidmung im Wirtschaftsplan 2023 gleichzeitig angestoßen. Lange Lieferzeiten, die immer weiter nach hinten verschoben worden sind, machten eine Erneuerung erst im Oktober/November 2023 möglich und haben für eine sehr denkwürdige und bange Überbrückungszeit gesorgt, die mit viel Glück und überplanmäßigem Einsatz der Kollegen bewältigt worden ist. Die Umwidmung erfolgte kostenneutral.

Der vom Kuratorium in seiner Sitzung am 23. Juni 2023 gebilligte Wirtschaftsplan für das Jahr 2024 der Version vom 01.03.2023 wurde von den Gesellschaftern in seiner Sitzung am 25.8.2023 nicht verabschiedet. Hintergrund waren die Bemühungen des Hauptgesellschafters Bund, im parlamentarischen Verfahren zu den zwischenzeitlich geforderten Anpassungen des Wirtschaftsplans im Personalhaushalt (kein Stellenaufwuchs und keine zusätzlichen Personalmittel, weder für Stellenforderungen noch für die Überführung von MGG in den institutionellen Haushalt, Entwurf Version 6.4.2023) noch Änderungen zu erzielen. Aufgrund der doch maßgeblichen Abweichung haben sich die Gesellschafter dazu entschlossen den Wirtschaftsplan 2024 erst nach dem parlamentarischen Verfahren im November 2023 im Umlaufverfahren zu beschließen. Aufgrund der im Dezember ausgerufenen Haushaltssperre und der folgenden vorläufigen Haushaltsführung ist der Wirtschaftsplan 2024 in der Version vom 6.4.2023 (ohne Überführung auch des MGG Personals in den inst. Haushalt, ohne Stellenaufwuchs) im Februar 2024 im Umlaufverfahren beschlossen worden.

Im Geschäftsjahr 2023 war es dem IDOS weiterhin möglich, seinen hohen wissenschaftlichen Standard zu halten, auszubauen und sich erfolgreich auf dem kompetitiven Drittmittelmarkt zu behaupten.

C. Personal

Die Unterscheidung Wissenschaft / Serviceeinrichtungen wurde mit dem Berichtsjahr 2022 in Wissenschaft / Wissenschaftsmanagement / Serviceeinrichtungen differenziert.

Im Berichtsjahr gehörten dem IDOS durchschnittlich 170 (Vorjahr 167,5) Beschäftigte an (einschließlich 3 Auszubildende (Vorjahr: 3) nach dem Berufsausbildungsgesetz), die in den folgenden Bereichen tätig sind:

	Anzahl Mitarbeiter
Wissenschaftlicher Bereich	106 (Vorjahr 109,5)
Wissenschaftsmanagement (incl. Kommunikation)	23,5 (Vorjahr 20)
Serviceeinrichtungen	37,5 (Vorjahr 35)
Auszubildende	3 (Vorjahr 3)

Durchschnittlich 84,5 Mitarbeiter*innen (davon 68,5 Wissenschaftler*innen, 8,5 Kräfte im Wissenschaftsmanagement und 7,5 Verwaltungsmitarbeiter*innen – davon 3 Auszubildende) wurden im Rahmen von befristeten Arbeitsverhältnissen beschäftigt.

Wir danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im abgelaufenen Geschäftsjahr geleistete hervorragende Arbeit für das Institut.

D. Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im abgelaufenen Geschäftsjahr

Das langfristig gebundene Vermögen des IDOS ist fristenkongruent nahezu vollständig durch Eigenkapital sowie Zuschüsse der Gesellschafter zur Finanzierung des Anlagevermögens finanziert.

Da die Bewilligung der institutionellen und projektbezogenen Zuwendungen durch die Gesellschafter jahresbezogen erfolgt und den Mittelbedarf zur Abdeckung der Rückstellungen und Verbindlichkeiten nicht umfasst, werden insoweit auf Grundlage der Regelungen des Gesellschaftsvertrages Ausgleichsansprüche gegenüber den Gesellschaftern bilanziert, die aus den Mitteln des Erfüllungsjahres der bestehenden Verpflichtungen getilgt werden.

Die immateriellen Vermögensgegenstände, Sachanlagen und sonstigen Ausleihungen, bei denen es sich um Darlehen an Ausbildungsteilnehmer*innen handelt, werden im Wesentlichen durch Zuschüsse der Gesellschafter finanziert, die unter den „Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen“ ausgewiesen werden. Das Stammkapital ist verzinslich in Wertpapieren des Anlagevermögens angelegt.

Die Eigenkapitalquote setzt sich aus dem eingezahlten Stammkapital sowie dem passivierten Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen zusammen und lag im Berichtsjahr bei 32,2 % (Vorjahr 32,1 %).

Die Investitionen im Bereich der Sachanlagen und der immateriellen Anlagegüter betrugen T€ 309,2 (Vorjahr T€ 348,4) und betrafen im Wesentlichen die Bereiche Informations- und Kommunikationstechnik, EDV-Software sowie Büromöbelausstattung.

Der Jahresabschluss weist ein ausgeglichenes Ergebnis aus, da institutionelle Mittel und Projektzuwendungen der Gesellschafter nur nach voraussichtlichem Bedarf abgerufen werden dürfen und vorhandene Restmittel an die Zuwendungsgeber zurückzuzahlen bzw. zu verrechnen sind. Außerhalb der institutionellen Förderung erzielte Erträge müssen, soweit sie im Jahre ihrer Entstehung nicht unmittelbar zur Deckung von außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Investitionen eingesetzt werden, auf die institutionellen Mittelzuwendungen der Gesellschafter angerechnet und an diese abgeführt werden. Eine Mittelansammlung auf Ebene der Gesellschaft, etwa durch Bildung von Rücklagen, ist nicht möglich.

Die Finanzlage des Instituts wird im Wesentlichen durch die getätigten Mittelabrufe im Rahmen der institutionellen Förderung und der Projektförderung durch die Gesellschafter und darüber hinaus durch erhaltene Anzahlungen im Rahmen von Drittmittelaufträgen bestimmt, die sich zum 31.12.2023 auf T€ 3.485,5 (Vorjahr T€ 3.302,2) beliefen. Im Berichtsjahr enthalten diese T€ 2.743 in Arbeit befindliche Drittmittelprojekte sowie T€ 764,5 erhaltene Anzahlungen.

Die Erträge des Instituts stiegen insgesamt um T€ 1.155,7 gegenüber dem Vorjahr. Ursächlich hierfür sind gestiegene Erträge im Bereich der institutionellen Förderung durch die Gesellschafter von T€ 8.493,9 (Vorjahr T€ 7.675,7) und dem Projektgeschäft von T€ 10.856,2 (Vorjahr T€ 10.571,9).

Die Personalaufwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahr insbesondere durch den Inflationsausgleich um T€ 805,3 auf T€ 12.869,9 (+ 6,7 %) erhöht. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um T€ 349,4 an. Begründet liegt dies an erneute gesteigerten Reiseaktivitäten (+ T€ 174,3) und Präsenzveranstaltungen der Ausbildungsprogramme am IDOS (+ T€ 177,0) sowie erhöhte Miet- und Betriebskosten (+ T€ 162,4). Darüber hinaus wurde in 2023 das gesamte WLAN-Netzwerk runderneuert. Dieser Einmaleffekt steigerte den Geschäftsbedarf für die IT-Infrastruktur um T€ 123,2 gegenüber dem Vorjahr. Den Kostensteigerungen stehen Einsparungen bei der Vergabe von gutachterlichen Tätigkeiten in Höhe von T€ 291,1 gegenüber.

Den Abschreibungen auf immaterielle Anlagegegenstände und Sachanlagen (T€ 281,4) stehen in gleicher Höhe Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Zuschüsse zum Anlagevermögen gegenüber, die unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen sind.

E. Nachhaltigkeit

Das IDOS misst der Nachhaltigkeit große Bedeutung bei und strebt verantwortungsvolles und zukunftsorientiertes Handeln in Bezug auf Wirtschaft, Ökologie und Gesellschaft an.

Für das Geschäftsjahr 2023 konnte eine befristete Teilzeitkraft für das Thema Nachhaltigkeit aus dem laufenden Haushalt finanziert werden.

Primär sollte sich die Mitarbeiterin auf die Erstellung einer Treibhausgasbilanz fokussieren. Es wurden bisher die Daten für Scope 2 anhand der Strom-, Heizungs- und Wasserrechnungen für die beiden Liegenschaften des IDOS der Jahre 2019 bis 2021 (Abrechnungen für das Jahr 2022 liegen nur teilweise vor) ermittelt. Zusätzlich sind die Daten der Dienstreisen (Flüge und ÖPNV) der Jahre 2019 – 2022 digitalisiert und in Tabellen kategorisiert worden, um eine Emissionsberechnung vornehmen zu können (Basiswertermittlung). Zukünftig erfassen die Dienstreisenden die von ihnen gebuchten Flüge selbst.

Darüber hinaus fanden Sensibilisierungsmaßnahmen für die Mitarbeitenden statt, nach dem Motto „Vermeiden kommt vor Reduzieren kommt vor Kompensieren“. Hierzu fanden Schulungen, Informationsveranstaltungen und die Bereitstellung von Informationsmaterial statt.

Auch konnte ein regelmäßiger Austausch mit weiteren öffentlich finanzierten Institutionen eingeführt werden. Primär dient dienen diese Treffen als Erfahrungsaustausch, es werden aber auch konkrete Themen besprochen und versucht eine gemeinsame Lösung zu finden. Bspw. organisiert die Gruppe eine gemeinsame Schulung zur nachhaltigen Beschaffung, die vom Kompetenzzentrum für nachhaltige Beschaffung (KNB) im Frühjahr 2024 angeboten wird.

Leider ist es dem IDOS nicht möglich, der Mitarbeiterin aufgrund der Stellensituation und der allgemeinen Tariferhöhungen einen Folgevertrag anzubieten. Daher wird das Engagement im Bereich Nachhaltigkeit in 2024 heruntergefahren werden müssen.

F. Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

Die Finanzierung des IDOS basiert auf drei Säulen: der institutionellen Förderung, Projektmitteln der Gesellschafter und sonstigen Drittmitteln. Die Finanzstruktur macht deutlich, dass wesentliche bestandsgefährdende Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nur dann entstehen können, wenn sich die institutionelle Förderung durch die beiden Gesellschafter stark verringert. Sonstige Risiken könnten durch Verringerungen insbesondere bei der projektbezogenen Drittmittelförderung durch die Gesellschafter bzw. sonstiger Dritter entstehen.

Die institutionelle Förderung ist für das Jahr 2024 durch den von den Gesellschaftern im Umlaufverfahren im Februar 2024 gebilligten Wirtschaftsplan weitestgehend sichergestellt. Der durch die Tarifsteigerungen benötigte Mehrbedarf an höheren Personalmitteln ist erhoben und den Gesellschaftern mittgeteilt worden. Personalverstärkungsmittel sind in Aussicht gestellt worden. Hinweise, dass es zu Kürzungen kommen könnte, liegen nicht vor.

Für das Haushaltsjahr 2024 wurden 22,35 Stellen im institutionellen Stellenplan angemeldet. Diese 22,35 Stellen resultieren zum einen weiterhin aus der in 2017/2018 von der Unternehmensberatung Capgemini durchgeföhrten Unternehmensuntersuchung (4,5 Stellen), dringende Erhöhung in Serviceeinrichtungen Personal & Organisation und Finanzbuchhaltung (6 Stellen) und die von den Gesellschaftern gewünschten MGG Überführung (11,85 Stellen). Von den beantragten Stellen wurde durch das BMF für das Haushaltsjahr 2024 keine Stelle bewilligt. Neben den weiterhin so dringend benötigten Stellen in den Serviceeinrichtungen, die seit 2017 immer wieder beantragt wurden, sind jetzt auch neue Bedarfe zu nennen. Aufmerksam machen möchten wir in diesem Zusammenhang erneut auf die Problematik der Verbindlichkeit des Stellenplans und des Besserstellungsverbots. Das IDOS ist nicht in der Lage, bedarfsgerecht auf Marktveränderungen zu reagieren. Starre Eingruppierungen, fehlende Stellen und feste Tätigkeitsbewertungen machen es unmöglich, zeitgemäß zu reagieren. So müssen

bspw. hybride Veranstaltungen aktuell aus dem Bestandspersonal ohne großes Knowhow durchgeführt werden. Dies führt zum einen zu hohen Reibungsverlusten, Frustrationen in der Belegschaft und einer technisch unbefriedigenden Außendarstellung des IDOS. Die genannten Problematiken werden mit beiden Gesellschaftern thematisiert. Beide Gesellschafter sind bemüht, das IDOS bestmöglich zu unterstützen. Die Umsetzung eines unverbindlichen Stellenplans bzw. des Globalhaushalts ist in absehbarer Zeit nicht realistisch. Daher prüft das IDOS zusammen mit dem BMZ, ob aus der Verwaltungskostenpauschale verstärkt Personal für die Serviceeinrichtungen finanziert werden kann. Dieser wichtige Schritt würde dem IDOS zusammen mit dem Dauerprojektstelleninstrument die Möglichkeit geben, weiteres Servicepersonal unbefristet einzustellen und finanzieren zu können.

Für das Geschäftsjahr 2024 wurde die Überführung des Managing Global Governance Programms (MGG) in den institutionellen Haushalt vorgesehen. Beide Gesellschafter haben sich positiv für eine Überführung des seit 2007 laufenden Programms ausgesprochen. Durch die Nichtbewilligung von Stellen in 2024 konnte die Überführung von MGG nur teilweise vollzogen werden. Die Sachkosten sind im institutionellen Haushalt verankert, die Personalkosten und Stellen nicht. Damit das Ausbildungsformat weitergeführt werden kann, hat der Gesellschafter BMZ eine Drittmittelfinanzierung für die Personalkosten für drei Jahre möglich gemacht. In die Haushaltaufstellung 2025 ist erneut eine vollständige Überführung beantragt.

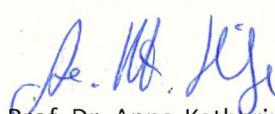
Für das Jahr 2025 haben die Etatverhandlungen mit den Gesellschaftern begonnen. Eine gesicherte Prognose zum Verlauf der Verhandlungen ist zum gegenwärtigen Stand jedoch verfrüht. Der Wirtschaftsplan 2025 enthält im wesentlichen drei Kategorien an Mehrbedarfen: Zum einen eine deutliche Personalkostensteigerung, bedingt durch die Tarifsteigerung, die sowohl im TVöD als auch bei den ATB Verträgen in absoluten Steigerungen je nach Entgeltgruppe zwischen mindestens 8,45 % bis zu 15,25 % beträgt. Des Weiteren durch die weiter ausstehenden Stellen von a) der MGG Überführung, b) der noch ausstehenden Capgemini Stellen und c) einer dringend benötigten Stelle im Postgraduiertenprogramm. Als drittes sind noch die allgemeinen Preissteigerungen vor allem bei Miet- und Mietnebenkosten der zwei Liegenschaften zu nennen.

Für 2025 ist die Besetzung der bis zum 31.03.2025 derzeit interimisweise mit Dr. Axel Berger besetzten stellvertretende Direktorenstelle (ohne Geschäftsführungsaufgaben) in einem weiteren gemeinsamen Berufungsverfahren vorgesehen. Die Verhandlungen mit der Universität Duisburg Essen sind im vollen Gange, ein Abschluss eines Kooperationsvertrags wird in den nächsten Wochen erwartet. Als nächster Schritt wird gemeinsam eine Ausschreibung vorbereitet. Die Einbindung der Gesellschafter in diesen wichtigen Prozess findet regelmäßig statt.

Bestandsgefährdende bzw. sonstige wesentliche Risiken zeichnen sich durch die eingeschlagene Entwicklung des Instituts derzeit nicht ab. Im Rahmen des allgemeinen Unternehmerrisikos können latente Risiken entstehen.

Bonn, den 11. April 2024

Die Geschäftsführung



Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge
Direktorin

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlägen, Unterlassen bzw. unberechtigter Weigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlags, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honорieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtlische Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.